

Rassismus in der Mitte der Gesellschaft

**Erörterungen,
Erkenntnisse,
Einblicke**

Eine Veranstaltungsreihe von
Oktober 2016 bis Januar 2017

Rassismus in der Mitte der Gesellschaft

**Erörterungen,
Erkenntnisse,
Einblicke**

Eine Veranstaltungsreihe von
Oktober 2016 bis Januar 2017

Ist Rassismus ein Randphänomen? Oder ist rassistische Diskriminierung Ausdruck gesellschaftlich eingespielter Routinen und Selbstverständlichkeiten? Wo liegen die historischen Bezüge? Wie äussert sich Alltagsrassismus? Wie lassen sich Erfahrungen von Alltagsrassismus zur Sprache bringen?

Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe in der Stadt Zürich gingen Expertinnen und Experten von Oktober 2016 bis Januar 2017 diesen Fragen nach, erörtern historische Bezugspunkte und diskutierten mit Podiumsgästen und Publikum.

Die vorliegende Dokumentation wurde im Auftrag der Integrationsförderung der Stadt Zürich erstellt. Sie fasst die Veranstaltungen zusammen.

Bezugsquelle: www.stadt-zuerich.ch/integration

Zürich, Februar 2017 / Integrationsförderung Stadt Zürich

Rassismus. Ein Randthema?

Die Erziehungswissenschaftlerin Astrid Messerschmidt stellt Distanzierungsmuster im Umgang mit Rassismus und Antisemitismus fest. Sie plädiert für ein kritisches Geschichtsbewusstsein und eine rassismuskritische Perspektive auf die Gegenwart.

Der Frage, wie sich Stillschweigen zu Rassismus und Antisemitismus spezifisch in der Schweiz zeigt, geht der Historiker Kijan Espahangizi in seinem kommentierenden Referat nach.

Was das Gesagte aus Sicht einer Organisation bedeutet, die sich gegen Rassismus und Antisemitismus einsetzt, beleuchtet Dominic Pugatsch in der anschliessenden Diskussion.

Mitwirkende

Prof. Dr. Astrid Messerschmidt, Universität Wuppertal

Dr. Kijan Espahangizi, ETH/Universität Zürich

Dr. Dominic Pugatsch, Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus GRA

Mittwoch, 26. Oktober 2016, 19.30 – 21.00 Uhr
Musiksaal, Stadthaus Zürich, Stadthausquai 17, 8001 Zürich



Rassismus. Ein Randthema?

Mitwirkende

Prof. Dr. Astrid Messerschmidt, Universität Wuppertal

Dr. Kijan Espahangizi, ETH/Universität Zürich

Dr. Dominic Pugatsch, Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus GRA

Moderation

Michael Bischof, Integrationsförderung Stadt Zürich

«Ich bin kein Rassist, aber...» – Über Distanzierungen und Beziehungen zu Rassismus

Der Rassismus – ein Ordnungsprinzip, das gesellschaftliche Ungleichheit herstellt und immer mit der Herkunftsfrage verbunden ist. Woher kommt er? Wie ist der Umgang mit Rassismus heute? Und warum scheint es trotz zahlreicher rassistischer Vorfälle keine Rassisten zu geben? Davon handelt dieser Text. Er basiert auf den Referaten und Diskussionen der Veranstaltung «Rassismus. Ein Randthema?».

Konstruktion der Ungleichheit

Der Rassismus ist kein neues Phänomen. Seine Anfänge sind eng verknüpft mit der Kolonialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts. Die Blütezeit des Rassismus fällt somit auch in die Zeit der Aufklärung und der französischen Revolution mit der Parole «Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit». Ein Widerspruch, so scheint es. Doch das Konzept der «Rasse» diente einem bestimmten Zweck. Es rechtfertigte die Abwertung und Ausbeutung von nicht-europäischen Bevölkerungen. Wer nicht als Europäer_in geboren wurde, galt als unzivilisiert, ungebildet und rückständig. Dieser Rassismus war biologisch begründet. Die Ungleichheit – so die gängige Meinung – war angeboren und somit von Natur aus gegeben. Sichtbare Unterschiede wie beispielsweise die Hautfarbe dienten dazu, die Theorie der natürlichen Unter- und Überlegenheit zu stützen. Diese Überzeugung der westlichen Überlegenheit und der damit einhergehende Rassismus wurden zum festen Bestandteil des europäischen Kolonialismus.

Mythos der Reinheit

Im 19. Jahrhundert bildeten sich die modernen Nationalstaaten. Die Vorstellung der nationalen Zusammengehörigkeit und kulturellen Reinheit gewann damit immer mehr an Bedeutung. «Eine Nation, eine Abstammung», so der Leitgedanke. Die Differenz verlief also neu nicht nur entlang der Kategorie «Rasse», sondern auch der nationalen Territorien. Die Unterteilung in ein überlegenes «Wir» und die rückständigen «Anderen» wurde durch die nationale Abgrenzung verstärkt. Diese Entwicklung zeigt: Rassismus hängt auch immer mit der Konstruktion von Gruppen zusammen, auf welche abwertende Bilder projiziert werden. Auf diesen nationalen Rassismus mit seinem Mythos der Abstammungsreinheit konnte der aufkommende Nationalsozialismus im 20. Jahrhundert zurückgreifen.

Rasse wird Kultur

Die hierarchisierenden Menschenbilder aus dem 18. bis 20. Jahrhundert wirken bis in die Gegenwart. Bei der aktuellen Diskussion über Rassismus ist diese Einsicht zentral. Sie macht deutlich, dass die Demokratisierung nicht zur Überwindung rassistischer Weltbilder und Strukturen führte. Im Gegensatz zu früheren Formen des Rassismus wird heute jedoch nicht mehr der Begriff der «Rasse» verwendet. Zu negativ ist der Begriff besetzt und zu gross ist das Risiko für rechtliche und soziale Konsequenzen. Wertungen und Zuschreibungen verlaufen neu entlang vom Begriff der «Kultur». Wer als kulturell fremd wahrgenommen wird, gilt zugleich als rückständig, nicht modern. Und zwar unabhängig davon, wo die Person geboren wurde. Aus diesem Grund spricht man heute auch von Kulturrassismus.

Rechtspopulismus als Normalität

Der Rechtspopulismus der Gegenwart nimmt Elemente von rechtsradikalen Ideen auf und besetzt diese positiv. Beispielsweise argumentieren Vertreter_innen des Rechtspopulismus, sie müssten westliche Werte bewahren. Verunreinigungen der eigenen Kultur gelte es zu verhindern. Dabei wird Kultur als etwas Statisches beschrieben. Etwas, das klar abgrenzbar sei und in unterschiedlichen Formen der Reinheit existiere. Ganz im Gegensatz dazu steht der dynamische, vielfältige und durchlässige Kulturbegriff der Wissenschaft und Integrationsarbeit. Ein starrer Kulturbegriff ermöglicht jedoch, alles «andere» und «Fremde» zur Bedrohung und zum Feindbild zu machen. Vor diesem Hintergrund erscheinen Praktiken gegen die sogenannte Verunreinigung der eigenen Kultur als positiv, beschützend und bewahrend. Beispielsweise die vehemente Abwehr gegen die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa, die als Gefahr für die westlichen Errungenschaften, wie Emanzipation und Rechtsstaatlichkeit, dargestellt werden. Solche rechtspopulistischen Argumentationen sind in vielen Fällen zur Normalität geworden und werden nicht mehr als diskriminierend wahrgenommen. Auch wenn solche Aussagen oft unbeabsichtigt geäußert werden, sind sie doch nicht weniger relevant. Denn de facto bedienen sie rassistisches Gedankengut.

Distanzierung von Extremismus

Vorstellungen von Überlegenheit und kultureller Reinheit zeigen sich besonders deutlich bei sogenannten rechtsextremen Gruppen. Die Zuschreibung von Rassismus auf ausschliesslich «extreme» Haltungen birgt jedoch die Gefahr, Rassismus nur in Abgrenzung von sich selbst und seinem Umfeld zu thematisieren. Denn vor dem Hintergrund dieser extremsten Formen, bleiben rassistische Personen immer die anderen. Alles was aus dem eigenen Umfeld mit Rassismus in Verbindung gebracht werden könnte, wird verneint oder verdrängt. Der eigene Wunsch nach Unschuld begünstigt somit das Schweigen über Rassismus.

Distanzierung von der Vergangenheit

Rassismus wird auch häufig auf ein Phänomen in der Vergangenheit reduziert. Er wird beispielsweise nur bei der Sklaverei in den USA, der Apartheid in Südafrika oder dem Nationalsozialismus in Deutschland verortet. Die grausamen Vorkommnisse in der Vergangenheit bieten einen Kontrast, vor dem die Gegenwart immer gerecht und rassismusfrei erscheint. So wird in der Schweiz das Thema Rassismus häufig in einem Atemzug mit Deutschland und dem Nationalsozialismus genannt. Damit wird die eigene Geschichte des Rassismus verdrängt. Doch solange Rassismus als abgeschlossenes und vergangenes Phänomen begriffen wird, bleiben Nachwirkungen von rassistischen Ideologien in der Gegenwart ausgeblendet.

Distanzierung durch die Strafnorm

In der Schweiz wurde die Strafnorm gegen Rassismus Mitte der 1990er Jahre eingeführt. Sicherlich eine Errungenschaft, steht sie doch für das Bekenntnis, dass Rassismus nicht mehr stattfinden darf. Die Einführung der Strafnorm führte jedoch auch dazu, nur das als rassistisch anzuerkennen, was juristisch verurteilt wird bzw. werden kann. Rassismus besteht also für viele Personen erst, wenn beispielsweise physische Gewalt oder das Aussprechen des Wortes «Rasse» nachweisbar ist. Verschiedenste Formen des Alltagsrassismus und des strukturellen Rassismus werden nicht als solche wahrgenommen. Die Strafnorm selbst wirkt somit auch als Distanzierungsmechanismus.

Der Rassismus und ich

Alle Formen der Distanzierung verhindern letztendlich eine kritische, individuelle und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rassismus – mit seiner Geschichte, seiner Veränderung und seinen Ausprägungen im Alltag. Distanzierungen ermöglichen, den Rassismus immer da zu verorten, wo man selbst nicht ist. Es gibt jedoch Versuche, das Thema verstärkt reflektiert anzugehen. So soll nebst der historischen Auseinandersetzung auch die Diskussion rund um Alltagsrassismus und institutionelle Diskriminierungen angestossen werden. Denn Rassismus hat immer etwas mit einem selbst zu tun und mit der Umgebung, den Schulen, Behörden oder Unternehmen, an welchen Personen teilhaben. Auf staatlicher Ebene geht es zwar nicht um programmartigen Staatsrassismus wie im Nationalsozialistischen Deutschland. Doch Formen von institutionellen Abläufen, die gesellschaftliche Zugehörigkeiten nach Herkunft, Aussehen, Sprache und Kultur ordnen, sind auch heute in den Strukturen verankert, beispielsweise wenn Namen mit der Endung «-ic» bei der Bewerbung oder Wohnungssuche weniger Chancen erhalten. Bei einer kritischen Auseinandersetzung geht es jedoch nicht darum, Personen als Rassisten zu entlarven, sondern darum, Strukturen, Normen, Äusserungen und Handlungen aufzuzeigen, die rassistische Wirkungen haben. Im wissenschaftlichen Kontext spricht man bei diesem Ansatz von der «Rassismuskritik». Anstatt sich also von Rassismus zu distanzieren, gilt es zu erkennen, dass jedes Individuum mit dem Thema verbunden ist. Nur so ist eine analytische Diskussion über Rassismus möglich.

Was tun als Gesellschaft?

Wie dem Thema auf gesellschaftlicher Ebene begegnet werden soll, darüber sind sich Fachleute nicht einig. Insbesondere wenn es um das Thema Schule geht. Die GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus erachtet die frühkindliche Bildung dabei als zentral und setzt bereits in Krippen und Unterstufen auf Sensibilisierungsmassnahmen. Prävention und moderne Hilfsmittel sollen bei der jungen Generation eine solide Basis für Toleranz schaffen, damit Rassismus gar nicht erst entstehen kann. Im Gegensatz dazu sieht Frau Astrid Messerschmidt den Rassismus gerade nicht als Problem der Jugendlichen, sondern der Erwachsenen. Jugendliche würden zwar Äusserungen und Haltungen übernehmen, seien aber nicht deren Ursprung. Zudem ist es ihrer Meinung nach nicht möglich, ausserhalb eines rassistischen Systems zu agieren. Wer also kann das Thema Rassismus frei von Rassismus unterrichten? Vor diesem Hintergrund rücken insbesondere Lehrpersonen in den Fokus der Sensibilisierung. Pädagogisches Personal soll sich mit Themen auseinandersetzen wie: Wo gibt es rassistisch wirkende Strukturen an der Schule? Wie kann ich als Lehrperson rassistischen Äusserungen begegnen, ohne diese zu bagatellisieren, verbieten oder zu ignorieren? Ihr Credo: Weg von der fiktiven, futuristischen Idealvorstellung einer rassismusfreien Schule, hin zu einer moralfreien Auseinandersetzung mit dem Rassismus der Gegenwart und Vergangenheit.

Was tun als Individuum?

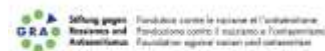
Welche Möglichkeiten bestehen, sich auf individueller Ebene aus der Distanzierung von Rassismus zu lösen?

- Sich selbst und institutionelle Strukturen als Teil der Geschichte und Gegenwart von Rassismus sehen;
- Erkennen, dass wir alle in rassistischen Strukturen und in rassistischem Gedankengut eingebunden sind;
- Die eigene Verantwortung wahrnehmen, rassistischen Diskriminierungen entgegenzutreten;
- Rassistische Diskriminierungen nicht verharmlosen, ignorieren oder anprangern, sondern thematisieren;
- Erkennen, dass Rassismus täglich geschieht. Nicht nur in jenen Fällen, die juristisch als rassistisch gelten;
- Akzeptieren, dass auch nicht rassistisch beabsichtigte Äusserungen und Handlungen von anderen Personen als solche empfunden werden können (z.B. die Herkunftsfrage);
- Rassismuserfahrungen von Betroffenen anerkennen;
- Gegenwartsrassismus nicht auf einzelne Vorfälle oder Personen reduzieren.

Rassismus ist nicht ein Problem einzelner Länder oder Personen. Sondern ein gesellschaftliches, machtvoll-les Ordnungsprinzip, dass Ein- und Ausschlüsse von Gruppen bestimmt. Damit schafft Rassismus für gewisse Gruppen Privilegien. Jede Person in Europa ist verwoben mit einer Gesellschaft, die von ihrer eigenen Rassismus-Geschichte geprägt ist. Trotz der Bemühungen um Aufarbeitung neigen wir dazu, diskriminierendes Abstammungsdenken anzuwenden. Ein Grund mag der Wunsch sein, damit der zunehmenden Komplexität der Moderne zu begegnen – Rassismus als Versuch, die Wirklichkeit einfacher zu machen. Sie wird es jedoch nicht, solange dies auf Kosten anderer geschieht.

Text Melanie Martin, Migrations- und Gleichstellungsexpertin

Ein gemeinsames Projekt von:



Rassismuserfahrungen und Bewältigungsstrategien im Berufskontext von Lehrer_innen

Der Erziehungswissenschaftler Karim Fereidooni hat untersucht, wie Lehrer_innen mit Migrationshintergrund in Deutschland Diskriminierung und Rassismus erfahren und welche Strategien sie im Umgang damit entwickeln.

Die anschliessende Podiumsdiskussion beleuchtet entsprechende Erfahrungen und Einschätzungen von Lehrpersonen in der Schweiz.

Referierende

Prof. Dr. Karim Fereidooni, Universität Bochum

Podium

Pauline Blamo, Primarlehrerin und dipl. Architektin ETH

Betül Dursun, Primarlehrerin

Fuat Köger, Sekundarlehrer und Stadtrat Bern (SP)

Angelo Maiolino, Dr. phil, Gymnasiallehrer
und Buchautor

Freitag, 11. November 2016, 19.00 – 20.30 Uhr
Raum LAA-K020, Pädagogische Hochschule Zürich (PHZ),
Lagerstrasse 2, 8004 Zürich



Rassismuserfahrungen und Bewältigungsstrategien im Berufskontext von Lehrer_innen

Referierender

Prof. Dr. Karim Fereidooni, Universität Bochum

Podium

Pauline Blamo, Primarlehrerin und dipl. Architektin ETH

Betül Dursun, Primarlehrerin

Fuat Köçer, Sekundarlehrer und Stadtrat Bern

Dr. Angelo Maiolino, Dr. phil, Gymnasiallehrer und Buchautor

Moderation

Dr. Gisela Unterweger, PHZH

Von «Schulen ohne Rassismus» und anderen Unwahrheiten

Rassismus und Schule. Eine seltene Themen-Kombination in der Forschung und im Schulalltag. Wenn sie auftaucht, dann ausschliesslich im Kontext von Gewaltprävention bei Schüler_innen. Doch wie ergeht es Lehrpersonen? Welche Erfahrungen machen sie mit Rassismus im schulischen Umfeld? Und mit welchen Strategien begegnen sie rassistischen Diskriminierungen? Fünf Fachpersonen diskutierten an der Pädagogischen Hochschule Zürich über dieses noch weitgehend unerforschte Thema.

Verengter Blick

Im Juni 2016 kritisierte die «Eidgenössische Kommission für Rassismus» den rückständigen Umgang der Schweiz mit Rassismusprävention an Schulen. Ebenso klare einleitende Worte wählte die Gastgeberin Frau Dr. Unterweger vor den zahlreichen Gästen. Rassismus tauche als Begriff im Schulbereich kaum auf – kritisierte die Co-Leiterin der Forschungsgruppe «Kinder – Kindheiten – Schule». Auch im Lehrplan 21 komme das Thema zu kurz. Nur allgemeine Diskriminierungsformen finden dort Beachtung. Nämlich dann, wenn Schüler_innen lernen sollen, Vorurteile abzubauen und zu reflektieren. Rassismus werde auf diese Weise jedoch auf eine «individuelle, moralische Ebene» verkürzt – so Unterweger. Viele Aspekte von Rassismus, wie seine historischen und strukturellen Formen, blieben ausgeklammert. Zum Beispiel der institutionell erschwerte Zugang zum Bildungsmarkt für junge Menschen mit Migrationshintergrund. Ganz im Dunklen bleibt schliesslich die Situation der Lehrpersonen. In der Schweiz existieren bis heute keine systematischen Untersuchungen, in welchem Ausmass Lehrpersonen von rassistischer Diskriminierung betroffen sind.

Licht ins Dunkle

Die Dissertation des Gastreferenten Prof. Dr. Karim Fereidooni befasst sich als erste Studie im deutschsprachigen Raum mit der Frage nach Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen von Lehrkräften. Erstmals liegen also wissenschaftliche Erkenntnisse zu dieser Thematik vor, die etwas Licht ins Dunkle bringen sollen. Doch vorab widmete sich der Referent einigen einleitenden Überlegungen: Beim Begriff «Migrationshintergrund» müsse unbedingt nach den Migrationsgründen unterschieden werden, argumentierte Fereidooni. Denn es handle sich um ganz andere Umstände, ob jemand aus seiner Heimat flüchten müsse, in der Schweiz geboren sei oder von einem Unternehmen

angeworben werde. Ebenso kritisch hinterfragte Fereidooni die Dauer der Generationenfolge. Heute spreche man von der 3. und 4. Generation bei Migrationsgruppen. Werde auch noch von der 50. Generation die Rede sein? Die Absurdität der Aussage quittierte das Publikum mit Gelächter. Schliesslich stellte Fereidooni provokativ die Frage in den Raum, ob allenfalls der Begriff «Migrationshintergrund» komplett verworfen werden müsse. Die Antwort kam dezidiert von ihm selbst: Nein. Denn für die Diskriminierungs- und Rassismuserfahrung spiele der tatsächliche oder zugeschriebene Migrationshintergrund eben doch eine zentrale Rolle.

Diskriminierung oder Rassismus?

Für Fereidooni ist die genaue Unterscheidung von Diskriminierung und Rassismus zentral. Denn in Alltagsdiskussionen kommt es häufig zu Vermischungen. Diskriminierungen sind herabwürdigende und benachteiligende Handlungen oder Äusserungen. Diese können an eine oder mehrere Kategorien gekoppelt sein, wie: Alter, Aussehen, Geschlecht, Religion, sexuelle Orientierung, Geschlechternormen, usw. Rassismus hingegen ist eine spezifische Form der Diskriminierung. Er ist immer verknüpft mit der Frage nach der Herkunft. Rassismus in seiner «klassischen» Form des 19. Jahrhunderts bildete Hierarchien entlang der Kategorie «Rasse».¹ Im heutigen Alltagsrassismus übernimmt meist die Kategorie «Kultur» diese Funktion. Die nicht mehr salonfähige Aussage «Schüler_innen mit dunkler Hautfarbe sind weniger klug» verschob sich hin zu «muslimische Schüler haben keinen Respekt vor Lehrerinnen., sie teilen eben nicht unsere Kultur». Daher spricht man auch von Kulturrassismus. Eine zusätzlich wichtige Unterscheidung ist die in primäre und sekundäre Rassismuserfahrung. Erstere bezieht sich auf rassistische Aussagen: «Seit unser afrikanischer Kollege hier arbeitet, haben die Diebstähle an der Schule zugenommen.» Bei Letzterer findet eine Abwertung von Rassismuserfahrung statt: «Stell dich nicht so an, das war nicht so gemeint.» Diese Unterscheidung macht die unterschiedlichen Mechanismen von Rassismus sichtbar.

Zahlen und ein Blick dahinter

159 Lehrpersonen mit Migrationshintergrund befragte Fereidooni mittels Fragebogen. Von diesen gaben 60 % an, von Rassismus betroffen zu sein. 40 % verneinten die Aussage. In den anschliessend geführten Interviews erzählten jedoch gerade jene 40 % persönliche Paradebeispiele von rassistischer Diskriminierung. Das 60:40 Verhältnis lasse also keine Rückschlüsse über den tatsächlichen Anteil an betroffenen Lehrpersonen zu, kritisierte Fereidooni seine Prozentangaben gleich selbst. Eindeutig waren hingegen die Aussagen der Lehrpersonen zur belastenden, emotionalen Auswirkung von Rassismuserfahrungen. Ebenso deutlich zeigte sich die Erscheinungsform: Der Grossteil der rassistischen Diskriminierungen waren Anspielungen und Witze. Zu physischen Vorfällen kam es an den Schulen kaum. Überraschend hingegen war selbst für Fereidooni, dass vor allem Berufskolleginnen und -kollegen sowie Vorgesetzte diskriminierten. Fereidooni tippte vorgängig eher auf Schüler_innen und Eltern. Auf den zweiten Blick sei dieses Resultat aber nicht verwunderlich – so Fereidooni. Denn Rassismus habe mit Macht zu tun. Schüler_innen besitzen deutlich weniger Macht im Schulraum als Lehrpersonen oder Schulleitungen. Zudem wollen Schüler_innen meist gute Noten machen. Aus diesem Grund riskieren sie es weniger, sich rassistisch zu äussern.

¹ Mehr Informationen zur Geschichte des Rassismus im Beitrag «Rassismus. Ein Randthema?», 26. Oktober 2016

Risiko: Sprache und Religion

Die statistische Auswertung der Fragbogen zeigte auch deutlich: Sprache und Religion erhöhen das Rassismus-Risiko. Lehrpersonen mit einem Akzent erleben beispielsweise häufiger rassistische Diskriminierung. Die Sprache spielt aber auch ohne Akzent eine Rolle. Nämlich dann, wenn bei Lehrpersonen Sprache und Körper scheinbar nicht zusammenpassen (z.B. asiatisches Aussehen und deutsche Sprache). Studien an Universitäten konnten beweisen, dass in diesem Fall Studierende Akzente bei Dozierenden wahrnehmen, die faktisch nicht bestehen (die Portraits wurden für die Beurteilung vertauscht). Zusätzlich macht das Deutschgebot an Schulen die Sprache zu einem machtvollen Ausschlussmechanismus. Dazu sind in Fereidoonis Studie zahlreiche Beispiele von rassistischen Äusserungen unter Lehrpersonen zu finden. Sprachen zwei Lehrpersonen beispielsweise in Türkisch oder Arabisch untereinander, kam öfters die Reaktion von Dritten: «Hier sprechen wir Deutsch!». Ähnliche Vorfälle mit Spanisch oder Französisch konnten die Betroffenen nicht beobachten. Die Abwertung bezieht sich also nur auf diejenigen Sprachen, welchen die Gesellschaft keinen Bildungswert zuspricht. Fereidooni bezeichnete dies als «Neo-Linguizismus». Ebenso ein Risikofaktor für Rassismus ist die Religion. Die Studie verdeutlicht: Umso religiöser eine Lehrperson, desto mehr Rassismus erfährt sie. Es besteht beispielsweise ein Zusammenhang mit der Anzahl besuchter Gottesdienste. Je öfter eine Lehrperson Gottesdienste besuchte, desto höher wird das Rassismus-Risiko. Insbesondere betrifft dies muslimische Lehrkräfte. Ferner spielt es keine Rolle, ob die Person tatsächlich muslimischen Glaubens ist oder lediglich als solche wahrgenommen wird. In beiden Fällen steigt das Risiko.

Alle haben rassistisches Wissen

«Rassismus betrifft alle Gesellschaftsmitglieder» war Fereidoonis klare Botschaft. Eine Unterscheidung in rassismusfreie und rassistische Menschen oder Institutionen sei nicht hilfreich. Aufgrund der europäischen Geschichte von Rassismus besitzt jede Person, die in Deutschland oder der Schweiz aufgewachsen ist, rassistisches Wissen. Deshalb machen Projekte wie «Schule ohne Rassismus» wenig Sinn. In diesem Projekt in Deutschland erhält jede Schule eine Plakette mit der Aufschrift «Schule ohne Rassismus», wenn sich 70 % der Lehrpersonen und Schüler_innen mit einer Unterschrift gegen Rassismus bekennen. Dies sei nicht nur wenig hilfreich, sondern sogar kontraproduktiv, erläuterte der Forscher, verhindere eine solche Auszeichnung doch die Diskussion über vorhandenen Rassismus an Schulen. Wissenschaftler_innen sprechen in einem solchen Fall auch von sogenannten Distanzierungsmustern. Rassismus wird dabei zum Beispiel nur beim Rechtsextremismus verortet oder auf ein Phänomen der Vergangenheit, wie dem Nationalsozialismus, reduziert. Beim Projekt «Schule ohne Rassismus» handelt es sich also um den Versuch, den eigenen (Schul-)Raum rassismusfrei zu halten.² Gemäss dem Ansatz der Rassismuskritik, mit welchem Fereidooni arbeitet, gibt es jedoch keine rassismusfreien Räume. Im Unterschied zum Antirassismus («Wir rassismusfreien Menschen bekämpfen den Rassismus») stellen sich Vertreter_innen der Rassismuskritik der eigenen Verstrickung mit Rassismus und versuchen eine analytische Diskussion anzustossen, ohne sich selbst davon auszunehmen.

Es geht um Verantwortung

Gemäss Fereidoonis Studie diskriminieren Lehrpersonen nicht nur. Ebenso häufig setzen sie sich gegen Rassismus ein. Diese Tatsache eröffnet Möglichkeiten, um mit Sensibilisierung Einfluss auf Lehrpersonen zu nehmen. Doch wie kann Rassismus an Schulen thematisiert werden, wenn das Credo gilt: «In unserer Schule gibt es keinen Rassismus»? Es gehe nicht um Schuld, sondern um Verantwortung, so Fereidooni. Aus seiner Sicht ist es zentral, persönliche Anknüpfungspunkte zu schaffen: Was hat Rassismus mit meinem Alltag als

² Mehr Informationen zu den Distanzierungsmustern im Beitrag «Rassismus. Ein Randthema?», 26. Oktober 2016

Lehrperson zu tun? Und wie thematisiere ich dieses Thema didaktisch in meinem Unterricht? Fereidooni plädiert dafür, dass in diesem Sinn die Rassismuskritik zum festen Bestandteil des Professionswissens von Lehrkräften werden soll.

Hintergrund und Vordergrund

Bei der anschliessenden Diskussion bekräftigten die Teilnehmenden des Podiums, Lehrpersonen der Primar-, Sekundar- und Gymnasialstufe, mit zahlreichen Beispielen die Resultate der Studie. Der Umgang mit den rassistischen Erfahrungen sei sehr unterschiedlich: Sekundarlehrer und Berner Stadtrat Fuat Köçer konfrontierte sein Umfeld mit der Forderung nach institutioneller Öffnung mittels der Petition «Migrantinnen und Migranten sind bei gleicher Qualifikation zu bevorzugen». Primarlehrerin Betül Dursun hingegen akzeptierte die Tatsache, mit ihrem Kopftuch als «Andere» betrachtet zu werden. Sie sucht heute gezielt nach Möglichkeiten, proaktiv Fragen zu Kultur und Religion im schulischen Umfeld zu diskutieren, um so Rassismus vorzugreifen. Pauline Blamo, Primarlehrerin und diplomierte Architektin ETH, hatte genug von den Machtkämpfen und rassistischen Äusserungen ihrer Berufskolleginnen und -kollegen auf der Sekundarstufe. Seit sie in der Primarstufe arbeite, habe sich die Situation wesentlich entschärft. Angelo Maiolino, Gymnasiallehrer und Doktor der Philosophie, verarbeitete einen Teil seiner Fragestellungen und Thesen im Buch «Als die Italiener noch Tschinggen waren» (Rotpunktverlag, 2011) und erinnerte sich an die rassistischen Erfahrungen, die seine Mutter erlebte, als er als Kind das Gymnasium besuchen wollte.

Fazit dieses Abends: Die Schule ist mitnichten ein rassismusfreier Raum. Die Diskussion um Rassismus und Schule darf zudem nicht auf die Schüler_innen oder Eltern fokussiert werden. Diskriminierungserfahrungen gibt es insbesondere auch innerhalb der Lehrer_innenschaft. Hierarchische Machtverhältnisse und das Hervorheben scheinbarer Unterschiede spielen dabei eine wichtige Rolle. Die zahlreichen Erfahrungsbeispiele sowie die wichtige Studie von Karim Fereidooni belegen dies deutlich. Trotzdem steckt das Thema in der Schweiz noch in den Kinderschuhen und wird weder an Schulen noch in der Öffentlichkeit diskutiert. Diese Gespräche gilt es nun zu führen. Und zwar besser heute als morgen. Anknüpfungspunkte dazu bestehen.

Text Melanie Martin, Migrations- und Gleichstellungsexpertin

Ein gemeinsames Projekt von:



Angst vor dem Islam oder Rassismus gegen Muslime?

Es gibt zahlreiche Gründe für eine islamkritische Haltung. Aber versteckt sich hinter muslimfeindlichen Parolen tatsächlich rationale Religionskritik? Sind die vielbeschworenen Ängste vor dem Islam nicht oft Ausdruck rassistischer Ressentiments? Daniel Bax, Islamwissenschaftler und Journalist, erklärt, warum sich das abendländische Europa nicht vor Muslimen, sondern vor Islamfeinden fürchten sollte. Die Islamwissenschaftlerin und Muslimin Rifa'at Lenzin antwortet ihm.

Referierende

Daniel Bax, Islamwissenschaftler und
Redaktor der Tageszeitung taz, Berlin
Rifa'at Lenzin, ZIID, Zürich

Gesprächsleitung Podium

Hans-Peter von Däniken, Paulus Akademie

Donnerstag, 24. November 2016, 19.30 – 21.00 Uhr
aki, Hirschengraben 86, 8001 Zürich (oberhalb Central)



Angst vor dem Islam oder Rassismus gegen Muslime?

Referierende

Daniel Bax, Islamwissenschaftler und Redaktor der Tageszeitung taz, Berlin
Rifa'at Lenzin, ZIID, Zürich

Gesprächsleitung Podium

Hans-Peter von Däniken, Paulus Akademie

Feindbild Islam: Eine Religion unter Generalverdacht

Der Koran als Aufruf zur Gewalt – Ein immer wiederkehrender Vorwurf von islamkritischen Stimmen. Der Koran wird jedoch auch ganz anders interpretiert. Stecken also hinter der pauschalisierenden Kritik am Islam bestimmte Motive? Zum Beispiel rassistisch motivierte Ideologien? An der dritten Veranstaltung der Reihe «Rassismus in der Mitte der Gesellschaft» stellen sich zwei Fachleute aus Islamwissenschaft und Medien dieser spannenden Frage.

Religionskritik versus Pauschalkritik

«Darstellungen von Terror, Gewalt und Unterdrückung» prägen den Diskurs über den Islam – begrüsst Hans-Peter von Däniken der Paulus Akademie das zahlreiche Publikum. Damit verweist er nicht nur auf die jahrhundertalten islamkritischen Stimmen, sondern auch auf die aktuelle mediale Berichterstattung. Dieser von Ressentiments und Generalisierungen geprägte Diskurs ist nicht als Religionskritik zu bezeichnen. Nachdrücklich will von Däniken konstruktive Religionskritik von Pauschalkritik an einer Religion unterschieden haben. Wenn nicht der Wunsch nach konstruktivem Austausch das Ziel ist, was verbirgt sich sonst hinter dieser pauschalisierenden Kritik am Islam? Allenfalls rassistisch geprägte Ideologien?

Angst ums Abendland

Die Frage nach den Motiven beschäftigt auch Daniel Bax, Islamwissenschaftler und Redaktor bei der Berliner TAZ. In seinem Buch: «Angst ums Abendland: Warum wir uns nicht vor Muslimen, sondern vor den Islamfeinden fürchten sollten» (Westend Verlag, 2015) beleuchtet er verschiedene europäische Länder aus dieser Perspektive. «Seit dem Attentat vom 9/11 befinden wir uns in einer neuen Phase der Islamdebatten», nimmt Bax gleich vorweg. Unzählige Menschen kauften damals reflexartig den Koran, weil sie damit die Attentate verstehen wollten. Diese Kurzschlussbehandlung verdeutlicht eine neue Denkweise: Alles was Muslime tun, müsse etwas mit dem Koran zu tun haben. Doch ebenso wenig sei «alles was Christen tun, mit der Bibel erklärbar», deckt Bax die Absurdität der Logik auf. Aller Irrationalität zum Trotz, hält sich die neue Denkweise im Westen hartnäckig.

Das Gespenst «Eurabien»

Als weitere Irrationalität in der Islam-Debatte verweist Bax auf die Islamisierung von Europa. Seit einiger Zeit beflügelt dieses Gespenst die Phantasie von Schriftsteller_Innen. Das dazugehörige Schlagwort «Eurabien» stammt ursprünglich aus einer Verschwörungstheorie der unbekannten Autorin Pat Ye'or. Den Begriff bekannt gemacht hat jedoch Oriana Fallaci, eine italienische Schriftstellerin und Journalistin. Sie wurde mit Bestsellern wie «Die Wut und

der Stolz» (2002) zum Sprachrohr für anti-muslimische Ressentiments. Solche Ideen giessen leider Wasser auf die Mühlen rechtspopulistischer Parteien, folgert Bax etwas konsterniert. Das «Fantasma» sei jedoch längst nicht mehr nur innerhalb rechtspopulistischer Parteigrenzen salonfähig. Greifen doch auch ernstzunehmende Personen der Öffentlichkeit das Gedankengut auf: So Publizist und Historiker Bernard Louis oder Feministinnen wie Alice Schwarzer und Ayaan Hirsi Ali, um nur drei Beispiele unter vielen zu nennen. «Eurabien» hin oder her, mit dem Halbmond auf der Spitze des Eiffelturms oder des Kölner Doms ist definitiv nicht zu rechnen. Denn «mit der Realität haben solche Ängste wenig zu tun», stellt Bax klar.

Muslime als Minderheit

Wie wenig die Ängste vor einer Islamisierung mit der Realität in Europa zu tun haben, zeigt beispielsweise die Schweizer Minarett-Initiative. Zum Zeitpunkt der Abstimmung über das Minarett-Verbot existierten nämlich lediglich deren vier im ganzen Land. Trotzdem wird gerne behauptet, dass Muslime bald die Mehrheit in Europa stellen könnten. Die von Bax präsentierten Zahlen zeichnen ein ganz anderes Bild: In Deutschland machen Personen mit muslimischer Herkunft nur 5 % aus. Davon ist lediglich ein Fünftel in muslimischen Verbänden oder Moscheen organisiert. Die übrigen Muslime leben den Islam nur als Alltagsreligion. Also etwa wie Christen, die lediglich an Weihnachten religiöse Rituale praktizieren, illustriert Bax seine Aussage. Seit dem 9/11 werfen jedoch viele Menschen alle Muslime – ob religiös oder nicht – in ein- und denselben Topf, was Experten mitunter als «Muslimisierung der Muslime» bezeichnen. Hochrechnungen ergaben, dass Muslime bis im Jahr 2050 in Europa einen Anteil von maximal 10 % ausmachen werden. Dabei sind Länder wie Albanien und Bosnien bereits mitgerechnet. Bax distanziert sich mit diesen Zahlen vehement von der irrationalen Angst einer islamischen Übermacht in Europa und stellt nachdrücklich klar: «Muslime sind eine Minderheit in Europa und werden auf absehbare Zeit eine Minderheit bleiben».

Ideologie der Ungleichwertigkeit

Auch wenn die befürchtete Bedrohung durch den Islam vor diesen Zahlen absurd erscheint, bleibt sie doch hartnäckig populär. Es handle sich dabei jedoch um mehr als nur um Vorurteile oder Unwissen, so Bax. Vielmehr ist eine eigentliche «Ideologie der Ungleichwertigkeit» entstanden. Eine Ideologie mit ihren eigenen Vordenker_Innen, ihrer Propaganda, ihren Schlagworten und Denkschulen. Die Vertreter_Innen dieser Ideologie sind international gut vernetzt. Wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, so verbindet sie doch ein Ziel: der Kampf gegen den Islam. Ihnen gemeinsam sind zwei Forderungen: Erstens gelte es die Einwanderung von Muslimen zu reduzieren. Zweitens sollen Muslime möglichst unsichtbar werden, indem Kopftücher, Moscheen, Minarette und Ganzkörperschleier verboten werden. Bax vermutet dahinter «die Sehnsucht, dass alles so einfach und kulturell homogen bleiben solle, wie es in der nostalgisch verklärten Erinnerung früher einmal gewesen sein soll». Die Sehnsucht nach einer Vergangenheit also, die es so nie gab. Forderungen nach Halal-Fleisch in Kitas, nach separaten Zeiten für muslimische Frauen im Hallenbad oder dem Tragen von Burkinis denunzieren Islamgegner als Angriff auf die westliche Wertegesellschaft. Das Bedürfnis von Musliminnen und Muslimen ihre Religion zu praktizieren, wird so in Forderungen nach Privilegien umgedeutet und zur Bedrohung stilisiert. Mit den dadurch aufkommenden Ängsten lassen sich leicht Mehrheiten mobilisieren.

Der neue Rechtsradikalismus

Der holländische Rechtspopulist und Politiker Geert Wilders behauptet, er sei kein Rassist. Er habe nur etwas gegen den Islam, nicht gegen Muslime. Damit bedient er sich einer Argumentation des neuen Rechtsradikalismus. Dieser weist den Vorwurf des Rassismus stark von sich. Im Gegensatz zum «klassischen» Rechtsradikalismus des 19. und 20. Jahrhunderts, der mit Kategorien wie Rasse und Blutabstammung argumentierte, ist der neue Rechtsradikalismus

als vermeintlich kulturelle Gemeinschaft konzipiert. Den Islam bezeichnet er hingegen als faschistische Ideologie. Vertreter_Innen des neuen Radikalismus sehen sich also als «bessere Anti-Faschisten», erläutert Bax. Während die klassischen Anti-Faschisten nur das Hakenkreuz bekämpfen, sieht der neue Rechtsradikalismus die Isis, Antifa, PKK und den Islam als Feindbild. Bax weist auf das rhetorisch geschickte Vorgehen hin: Denn mit der Distanzierung von Rassismus und Faschismus steht der neue Rechtsradikalismus allen offen, auch Migrantinnen und Migranten. Bax bestreitet zudem nicht, dass der IS oder Boko Haram als faschistisch zu bezeichnen sind. Das Problem liege jedoch darin, dass Leute wie Geert Wilders nicht zwischen Muslimen, Islamisten und Dschihadisten unterscheiden. Damit stellen Wilders und seinesgleichen mit einem Schlag 1.3 Milliarden Menschen muslimischen Glaubens unter Generalverdacht.

Export- und Migrationsland Schweiz

Auf einen «Exportartikel der anderen Sorte aus der der Exportnation Schweiz verweist Rifa'at Lenzin. Gemeint sind damit die Kampagnen-Plakate mit der Darstellung von Minaretten als Bomben. Nach dem Einsatz in der Schweiz übernahmen zahlreiche andere europäische Länder die Bildsprache. Mit dieser provokativen Aussage startet die Islamwissenschaftlerin und Fachreferentin des Zentrums für interreligiösen Dialog ihre Replik zum Vortrag von Daniel Bax und erntet Gelächter aus dem Publikum. «Natürlich werden die Muslime Europa mitverändern, so wie alle anderen auch, die hier sind», nimmt sie weiter Bezug auf die Islamisierungängste. Falsch sei dabei die Vorstellung einer statischen, europäischen Kultur, die nicht historisch gewachsen sei, sondern plötzlich fertig da stehe und nun vom Islam bedroht werde. Das hat mit der Realität wenig zu tun. «Migration ist die Norm, wenig Migration die Ausnahme», so Lenzin. Dass durch Migration auch Spannungen entstehen, sei normal. Die daraus entstandenen positiven Entwicklungen mache Europa erst zu dem, was es heute ist.

Erfolgsgeschichte Schweiz?

Im Umgang mit Migration sieht Lenzin in der Schweiz zwei gegenläufige Tendenzen: Einerseits gebe es eine ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit. Diese komme immer wieder in Wellen. In Studien zu Fremdenfeindlichkeit steht die Schweiz beispielsweise zusammen mit Norwegen an der Spitze. Andererseits habe die Schweiz es immer wieder verstanden, Migrant_Innen zu integrieren. «Die Integration von Fremden ist in der Schweiz eine Erfolgsgeschichte», ist Lenzin überzeugt. Was sie jedoch erschreckt, sind die Parallelen zwischen der heutigen antimuslimischen zur früheren antisemitischen Debatte. Als Experiment ersetzte sie in einem antisemitischen Pamphlet der 1940er Jahre das Wort Jude mit Muslim. Der Text könnte direkt aus der aktuellen Debatte stammen, kommentiert Lenzin ihre erschreckende Schlussfolgerung. Auch Juden sollten unsichtbar werden. Zudem wurde ihnen versprochen, als «gute Deutsche» zu gelten, sobald sie sich assimilierten. Diese Verheissung endete im Holocaust. Wo ende dann die heutige antimuslimische Debatte, fragt Lenzin kritisch. «Wenn sich die Muslime assimilieren, sind sie dummerweise eben immer noch Muslime, auch wenn Sie keine Kopftücher oder nur noch Untergrund-Moscheen sehen». Dieser Aussage folgte eine bedrückende Stille im Saal.

Feindbild Islam

«Sündenböcke sind nützlich und sehr wichtig für eine Gesellschaft» bezieht sich Lenzin auf die Aussagen zu Feindbildern von Daniel Bax. Der Islam biete sich gut als Feindbild an, weil der Islam und das Christentum schon immer konkurrierende Weltanschauungen waren. Sie haben deswegen eine belastete Geschichte. Die Feindschaft gegenüber dem Islam ist also ein Bild, hinter dem sich viele vereinen können: von links bis rechts, durch alle Parteien und Schichten hindurch. Das Feindbild erhalte damit eine gemeinschaftsbildende Funktion. Abstreiten will Lenzin nicht, dass aktuelle gesellschaftliche Probleme und die damit verbundenen Ängste real sind. Diese werden aber an etwas festgemacht, das nichts mit den Ursachen zu tun hat: «Muslime sind nicht verantwortlich für die Zerstörung der

Umwelt, noch für die Arbeitslosigkeit». Mit dieser Aussage beendet Lenzin ihre Replik und hinterlässt damit ein klares Statement: Ein Aufruf an die Gesellschaft, gerade in Krisensituationen nach den Motiven hinter pauschalisierenden Kritiken zu fragen und diese offenzulegen – in welcher Epoche oder gegen welche Religion auch immer.

Text Melanie Martin, Migrations- und Gleichstellungsexpertin

Ein gemeinsames Projekt von:



Zur Geschichte des R... in der Schweiz

Im historischen Selbstverständnis der Schweiz spielt Rassismus meist keine Rolle. Entsprechend sind Rassismus und Kolonialismus Themen, die andere etwas angehen. Stimmt dieses Selbstbild? Die Gesprächsrunde geht der Rolle des Rassismus in der Geschichte der Schweiz nach und fragt nach der Bedeutung der Schweiz in der globalen Geschichte des Rassismus. Sie spannt dabei den Bogen von der frühen Neuzeit bis in die Gegenwart.

Gesprächsteilnehmende

Dr. Bernhard C. Schär, ETH Zürich

Dr. Noémi Michel, Universität Genf

Dr. Kijan Espahangizi, ETH/Universität Zürich

Montag, 5. Dezember 2016, 18.30 – 20.00 Uhr
Cabaret Voltaire, Spiegelgasse 1, 8001 Zürich



Geschichte des R... in der Schweiz

Gesprächsteilnehmende

Dr. Kijan Espahangizi, ETH/Universität Zürich

Prof. Dr. Patricia Purtschert, Universität Bern

Dr. Bernhard C. Schär, ETH Zürich

Die Geschichte des Rassismus in der Schweiz: ein Denkversuch

Das historische Online-Lexikon der Schweiz. Im Suchfeld das Wort «Rassismus» eingetippt, erscheint eine gähnende Leere. Lässt sich daraus ableiten, dass es in der Schweiz keine Geschichte des Rassismus gibt? Effektiv existieren keine etablierten, historischen Erzählungen zu Rassismus in der Schweiz, auf die sich die Forschung oder die Gesellschaft beziehen könnten. Zwei Historiker und eine Philosophin wagen sich trotzdem an den Versuch, eine Rassismusgeschichte der Schweiz zu denken.

Unbehagen Rassismus

Zwei Historiker und eine Philosophin sind an diesem Abend als Referierende geladen: Kijan Espahangizi, Geschäftsführer vom «Zentrum Geschichte des Wissens» der ETH und Universität Zürich, Bernhard Schär, Historiker und assoziiertes Mitglied derselben Einrichtung, sowie Patricia Purtschert, Professorin für Geschlechterforschung an der Universität Bern. Diese «geballte historisch-kulturwissenschaftliche Kompetenz», wie Espahangizi die Runde in seiner zusätzlichen Funktion als Gastgeber benennt, soll einem grundlegenden Problem nachgehen: dem Unbehagen zur Art und Weise, wie in der Schweiz heute über Rassismus gesprochen wird. Vor allem fehle eine Verständigungsgrundlage, argumentiert Espahangizi nachdrücklich. Denn solange es keine gemeinsame Definition von Rassismus gebe, sei auch keine konstruktive Debatte möglich.

Randphänomen Rassismus

Als wenig konstruktiv bezeichnet Espahangizi diejenigen Vorstellungen über Rassismus, die in der Schweiz bereits kursieren. Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung sehe Rassismus als eine Art individuelle Einstellung, also vor allem als ein psychologisches und weniger als ein gesellschaftliches Problem. Damit herrsche zwar der Konsens, dass es Rassismus in der Schweiz gebe. Dieser werde aber nur als Randphänomen bei radikalen Individuen verortet. Zudem gelte nur als rassistisch, «was man offensichtlich als Unrecht erkennt», erläutert Espahangizi. Eine Person müsse also erst verletzt oder Gewalt ausgesetzt sein, wenn möglich noch juristisch belegbar, damit von Rassismus gesprochen werde. Als Massstab dafür, wie gravierend ein Vorfall ist, dienen entweder der Rechtsextremismus oder historische Phänomene wie das Apartheidsregime in Südafrika und die Sklaverei in den USA. «Sie merken, Rassismus ist immer anderswo», konfrontiert Espahangizi das Publikum. Rassismus habe zwar eine Geschichte, so die grossmehrheitliche schweizerische Meinung, nur nicht in der Schweiz.

Rassismus als Prozess

«Gingen wir davon aus, dass diese Vorstellungen gemeinsamer Nenner in aktuellen Diskussionen sind, könnten wir alle nach Hause gehen», nimmt Espahangizi kein Blatt vor den Mund. Wenn jedoch das Thema Rassismus als historisches Phänomen in den Blickwinkel kommen soll, dann brauche es eine andere Herangehensweise. Der Historiker wählt bewusst den Weg der Forschung. Denn die internationale Rassismusforschung entwickelt ein anderes Bild von Rassismus als die gängigen gesellschaftlichen Vorstellungen. Espahangizi veranschaulicht dies mit einem Drei-Dimensionen-Modell: Erstens gehören zu Rassismus alle Prozesse in einer Gesellschaft, die gewisse Menschen als fremd erscheinen lassen. Diese Fremdheit ist immer als Abweichung von einer Norm definiert und wird an willkürlichen Dingen, wie Hautfarbe, Name oder Lebensweise festgesetzt. Die Haltung zu dieser Fremdheit aus Sicht der Norm ist immer eine abwertende. Dieser Vorgang des Fremdmachens anhand willkürlicher Merkmale wird als «Rassialisierung» umschrieben. Zweitens gehören zu Rassismus alle Prozesse, die eine Ungleichverteilung herstellen. Also wenn bestimmte Gruppen beispielsweise weniger Lebenschancen, Ressourcen und Teilhabemöglichkeiten zugesprochen bekommen, was gemeinhin als Diskriminierung bezeichnet wird. Drittens sind alle Prozesse, die diese Ungleichverteilung als normal und legitim erscheinen lassen, auch zu Rassismus zu zählen. Espahangizi fordert das Publikum auf, diese Dimensionen bei Debatten über Rassismus unbedingt im Kopf zu behalten.

Gemeinsame Geschichte

Das Interesse des Referenten Bernhard Schär gilt insbesondere der Frage, ab wann und warum die Schweiz Teil einer globalen Geschichte des Rassismus wurde. Dafür müsse man zu den Anfängen zurück, argumentiert der Historiker, zur Gründungszeit der Schweiz im 15. Jahrhundert. Seine erste These lautet denn auch, dass «die Geschichte des Rassismus und die Geschichte der Schweiz von Anfang an miteinander verbunden sind». In dieser Epoche gab es eine Überlagerung von verschiedenen Prozessen, die sich gegenseitig verstärkten. Zahlreiche Eroberungen durch christliche Mächte gingen zum Beispiel einher mit der Vertreibung islamischer Bevölkerungen sowie Ausschreitungen gegen jüdischen Minderheiten. Es ist auch die Zeit des transatlantischen Sklavenhandels sowie der Feindlichkeit gegen die Sinti und Roma. «Diese massiven Formen von Gewaltausübung bedurften einer neuen Form von Legitimation, die das christliche Weltbild nicht liefern konnte», verweist Schär auf einen der Faktoren, die zur Entstehung der Rassentheorie führten. Bis anhin wurden Heiden zu vollwertigen Christen, sobald sie konvertierten. Mit dem Konzept der Rasse konnten nun sogenannte «getaufte Heiden» weiterhin als «Andere» versklavt und ausgebeutet werden. Die Schweiz als europäisches Hinterland ohne Meeranschluss begann sich in dieser Zeit auf gewisse Dienstleistungen zu spezialisieren: Neue Messinstrumente, Bücher und Wissen wurden entwickelt, um Menschenrassen zu vermessen und über sie zu informieren. Insbesondere Genf, Basel und St. Gallen, später auch Zürich, produzierten Bücher über die unbekannte Welt und das neue Menschenbild. Zudem investierten Schweizer Bankiers und Finanziere in das Risikokapital und die Versicherungen der Kolonialschiffe. Diese verschiedenen Dienstleistungen betrachteten die Schweizer_innen als rein technisch und unpolitisch. Somit konnten sie eine Nachfrage bedienen und gleichzeitig das Bild der Neutralität aufrechterhalten. Gerade die Verbreitung des neuen Rassenkonzepts durch die Schweiz ist ein wesentlicher Grund, betont Schär, warum es sich lohnt, die Geschichte der Schweiz und des Rassismus von Anfang an zusammen zu denken.

Helvetischer Rassismus

Im 19. Jahrhundert laufen in der Schweiz die Einwanderung und Rassialisierung der Fremden stark zusammen. Aus dieser frühen Einwanderungsdebatte, so die These Espahangizis, gibt es bis heute «einen roten Faden, der das Herzstück der Geschichte des Rassismus in der Schweiz ausmacht», nämlich die Vorstellung von klar differenzierbaren Kategorien der Fremdheit. Um diese These zu verdeutlichen, präsentiert Espahangizi ein Modell aus dem Jahr 1968. Ein ungarischer Arzt definiert darin verschiedene Grade der Fremdheit, die er in der Schweiz mit empirischen Studien ermittelte. Im Zentrum des Modells steht der «Durchschnittsschweizer». Darum herum sind mehrere Kreise angeordnet, die gegen aussen zunehmende Fremdheitsgrade aufzeigen: vom innersten Kreis der am wenigsten fremden Kategorie der «schweizerischen Aussenseiter_innen» bis hin zum äussersten Kreis der «Ausländer_innen nicht-weisser Rasse». Dieses Modell bezeichnet Espahangizi als Paradebeispiel für den helvetischen Rassismus. Die Vorstellung einer klar definierbaren Struktur der Fremdheit, die eine Ungleichbehandlung legitimiere, existiere in der Schweiz bis heute, auch wenn ab 1970 in der Schweiz nicht mehr von Rasse gesprochen wird. Vor allem sind solche «lang etablierten rassistischen Wissensbestände handlungs- und entscheidungswirksam», wenn es um Bauchentscheide geht. Kurz und knapp: «Wörter und Kategorien ändern sich, die Struktur bleibt», bringt Espahangizi seine These auf den Punkt.

Umschlagplatz Rassismus

Am 28.10.2014 geht ein offener Brief bei der Migros ein. Darin enthalten ist die Forderung, die neue Waschmittel-Werbekampagne umgehend einzustellen, in der ein brauner Stoffbär zu einem weissen Eisbären reingewaschen wird. Die Werbung nehme Bezug auf entmenslichende und rassistische Praktiken, die eine lange Geschichte in der Schweiz haben. Reaktionen auf den offenen Brief zeugen jedoch teilweise von grossem Unverständnis für die Forderung. Patricia Purtschert, die dritte Referentin, setzt dieses Unverständnis in Zusammenhang mit dem Espafehlenden Wissen über die Geschichte des Rassismus in der Schweiz. Dazu stellt die Philosophin vier Thesen in den Raum: Erstens spiele im Alltagsrassismus und bei der Normalisierung von Rassismus die Werbung eine zentrale Rolle. Insbesondere ab dem späten 19. Jahrhundert wird der Massenkonsum wichtiger Umschlagplatz für rassistische Bilder, auch in der Schweiz. Ein erschreckend anschauliches Beispiel zeigt eine Schweizer Javel-Werbung mit der Betitelung «Mohren-Wäsche», in der ein Kind nicht-weisser Hautfarbe weissgewaschen wird. Ein weit verbreitetes Motiv in der Werbung zu dieser Zeit, berichtet Purtschert. Zudem ist Werbung der Ort, wo kommuniziert wird, wer am Konsum teilnehmen kann und wer nicht. Die Teilhabe am Konsum wird zu einem wichtigen Abgrenzungs- und Abwertungsfaktor für das Selbstbild der westlichen Nationen gegenüber den Völkern der neuen Welt, so die zweite These Purtscherts. Rassismus wird auf diese Weise stark mit dem westlichen Selbstverständnis verknüpft. Ein dritter zentraler Punkt ist die einschneidende Geschlechtersegregation, die in den Dreissigerjahren geschieht. Es kommt nach Purtschert zur «Neuerfindung oder Verstärkung der Hausfrau als Norm». Gleichzeitig findet eine «Marginalisierungsbewegung» statt. Durch bewusst eingesetzte rassistische Bilder, beispielsweise mit vom Konsum ausgeschlossenen und darüber frustrierten Afrikaner_innen, wird der Hausfrau ein Angebot formuliert: Ihr werdet zwar ökonomisch und politisch ausgeschlossen, aber über die Identifizierung mit der weissen Kultur und der Teilhabe am Konsum gehört ihr auch zur Nation. Das Angebot versuchte offensichtlich darüber hinwegzutäuschen, dass «der Deal ein schlechter ist» kommentiert Purtschert sarkastisch. Mit ihrem letzten Punkt landet sie schliesslich wieder bei der eingangs formulierten Forderung Espahangizi nach einer gemeinsamen Verständigungsgrundlage. Man werde sich solange nicht verstehen, bis es ein gemeinsames Archiv für die Geschichte des Rassismus in der Schweiz gebe. Ein Archiv, das in der Schweiz nicht nur Material zu Rassismus sammelt, sondern auch die Stimmen des Widerstands aufsucht und öffentlich macht. Dieses gemeinsame Archiv ist notwendig, um «gerade auch aktuelle Aushandlungen über die Gesellschaft, in der wir leben und leben wollen, machen zu können». Verbunden mit dieser

Forderung ist auch die Hoffnung, auf diese Weise dem weit verbreiteten Unbehagen zum Thema Rassismus in der Schweiz begegnen zu können.

Text Melanie Martin, Migrations- und Gleichstellungsexpertin

Ein gemeinsames Projekt von:



Rassismus – sind die Medien Teil des Problems?

Medien prägen unser Verständnis von Rassismus. Sie (re)produzieren Stereotype und Fremdbilder. Doch sie bieten auch die Möglichkeit, gesellschaftlichen Rassismus zu benennen. Über dieses Spannungsfeld wollen wir mit Expert_innen aus der journalistischen Praxis sprechen.

Referierende

Sheila Mysorekar, Journalistin,

Vorsitzende der Neuen Deutschen Medienmacher

Christoph Keller, Journalist, Radio SRF 2 Kultur und Autor

Moderation

Esther Girsberger, Publizistin

Rassismus in der Mitte der Gesellschaft

**Erörterungen,
Erkenntnisse,
Einblicke**

Eine Veranstaltungsreihe von
Oktober 2016 bis Januar 2017

Rassismus – sind die Medien Teil des Problems?

Referierende

Sheila Mysorekar, Journalistin, Vorsitzende der Neuen Deutschen Medienmacher

Christoph Keller, Journalist, Radio SRF 2 Kultur und Autor

Moderation

Esther Girsberger, Publizistin

Macht – Medien – Rassismus

Medien prägen die Gesellschaft. Zum Beispiel kreieren sie Bilder von Bevölkerungsgruppen. Welche Rolle übernehmen sie bei der Stereotypisierung bestimmter Minderheiten? Und wie stehen Medien und Rassismus zueinander? Eine versierte Medienstimme aus Deutschland und eine aus der Schweiz äussern sich zu diesen kritischen Fragen.

Richtlinie Pressekodex

Ein Schweizer schießt in einer Zürcher Moschee auf drei Männer. So lautet eine Schlagzeile in der Neujauchswoche 2017. Einige Stunden später berichtet die Presse, es handle sich um einen Schweizer mit ghanaischen Wurzeln. Noch am selben Tag beschuldigen rechte Kreise die Medien, bewusst Fakten verschleiert zu haben. Frau Sheila Mysorekar, die erste Referentin, vertritt zu diesem Vorfall eine klare Haltung. Der deutsche Pressekodex gebe eindeutige Richtlinien vor: Religion, Hautfarbe, Herkunft oder Ähnliches dürfen nur genannt werden, wenn es für die Tat relevant sei. «Ein Autoknacker – da ist es vollkommen wurst, wo der herkommt», illustriert sie. Bei einem Anschlag auf eine Synagoge hingegen sei die Religion für die Tat wohl in irgendeiner Form relevant. Sheila Mysorekar ist Vorsitzende der «Neuen Deutschen Medienmacher» – eine Organisation von Journalistinnen und Journalisten, die sich für die Abbildung der Vielfalt in den Medien einsetzt.

Verzerre Wahrheiten

Die langjährige Journalistin beginnt ihr Referat mit dem Hinweis auf die bedeutende Rolle der Medien; insbesondere bei der Frage, wie eine Gesellschaft einzelne Bevölkerungsgruppen wahrnimmt. Personen aus Einwanderungsfamilien und ihre Nachfahren werden beispielsweise in Deutschland fast ausschliesslich negativ dargestellt: als Bedrohung für die innere Sicherheit (als Kriminelle, Terroristen, Extremisten); als Belastung für das soziale Netz und die öffentlichen Haushalte; sowie als Gruppe, die Probleme hat und Probleme macht. Über Migrantinnen und Migranten, die Steuern zah-

Schweizer Presserat: Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten

Richtlinie 8.2 – Diskriminierungsverbot

«Die Nennung der ethnischen oder nationalen Zugehörigkeit, der Herkunft, der Religion, der sexuellen Orientierung und/oder der Hautfarbe kann diskriminierend wirken. Insbesondere wenn sie negative Werturteile verallgemeinert und damit Vorurteile gegenüber Minderheiten verstärkt. Journalistinnen und Journalisten wägen deshalb den Informationswert gegen die Gefahr einer Diskriminierung ab und wahren die Verhältnismässigkeit».

www.presserat.ch

len, zur Schule gehen, sich in Vereinen engagieren, wird kaum berichtet. «Es wird also nicht die Normalität gespiegelt», kritisiert Mysorekar. Es sei zentral, auf diese Missstände hinzuweisen, hält sie fest. Denn diese negativen Zuschreibungen stigmatisierten notabene zwanzig Prozent der Deutschen Bevölkerung. Besonders betreffe dies Migrantinnen: Gesichtslos und hinter Schleiern verborgen, schreibt ihnen die Presse Eigenschaften wie «rechtlos», «unterdrückt», «Opfer» zu. Dass es auch anders gehe, zeigen Darstellungen von Nadiya Hussain, der Gewinnerin der beliebtesten BBC-Back-Show: Von britischen Titelseiten blickt eine junge, lachende und selbstbewusste Frau mit Kopftuch direkt ins Gesicht des Gegenübers. Bedauernd konstatiert die Referentin: «Leider ein fast undenkbares Sujet in deutschen Medien».

Schwarz auf Weiss

Zu jeder theoretischen Debatte gehört für Mysorekar auch ein sogenanntes Narrativ: eine Erzählung, die Deutung und Ordnung ermöglicht. Gewisse Narrative haben eine jahrhundertlange Tradition. So zum Beispiel die Erzählung, dass nicht-weisse Männer einen unkontrollierten Sexualtrieb hätten und alle weissen Frauen als ihre potentielle Beute betrachten würden. Mit dieser Deutung portraitierte die Presse Sklaven in den USA, schwarze französische Soldaten während des ersten Weltkrieges und jüdische sowie schwarze Männer im Nationalsozialismus. Aktuell stehen Nordafrikaner im Fokus dieses Narrativs, verdeutlicht Mysorekar anhand der Kölner Silvesternacht 2016. Die Medien berichteten über Banden von nordafrikanischen Männern, die deutsche Frauen sexuell belästigt hätten. Ausser Frage steht für Mysorekar, dass sexuelle Übergriffe passiert und diese zu verurteilen sind. Ihr Blick richtet sich jedoch auf die Darstellung des Vorfalls in der Presse. Unter den zahlreich präsentierten älteren und neueren Bildern illustriert ein Focus-Titelblatt besonders eindrücklich ihre These: schwarze, dreckige Handabdrücke auf dem Körper einer nackten, weissen Frau. Deutlicher geht es kaum. Im betretenen Schweigen des Publikums, erklärt Mysorekar, dass dieses Bild und sein Narrativ keineswegs neu seien, sondern eben nur neu aufgelegt. Durch solche Wiederholungen würden die Narrative über Generationen hinweg weitergereicht und verstärkt.

Kriegsgebiet Europa

Als ab den neunziger Jahren erheblich mehr Flüchtlinge nach Deutschland kamen, wurde auch die Berichterstattung über die Einwanderung negativer. «Die Berichterstattung spiegelt also das jeweils politische Klima einer Zeit wider», erklärt Mysorekar. Medien können dabei deeskalierend wirken, wenn die gesellschaftspolitische Stimmung aufgeheizt ist. Zum Beispiel mit gut recherchierten Fakten und dem Verzicht auf stereotype Wortwahl oder Bilder. Ebenso können Medien aber auch Hysterie verstärken, indem sie Panik erzeugende Schlagworte nutzen: «Menschenflut», «Flüchtlingswelle», «Terror», «Chaos» sind nur einige aktuelle Beispiele. «Man hat den Eindruck, wir leben hier in Mitteleuropa in einem Kriegsgebiet», fasst die Referentin das medial heraufbeschworene Bild zusammen. Die Gründe für einen solchen hysterischen Unterton in der Berichterstattung führt sie auf zwei Aspekte zurück. Erstens gebe es ein politisches Interesse seitens rechtspopulistischer und rechtsextremer Organisationen, die Themen Flucht und Migration zu emotionalisieren. Denn «aus der geschürten Angst ist politisches Kapital zu schlagen». Zweitens seien die Berichte oft «handwerklich nicht sauber», kritisiert sie ihre eigenen Berufskolleginnen und -kollegen. Medienschaffende recherchieren oft nicht fun-

diert, sondern liessen sich wie andere von Stereotypen und Vorurteilen leiten. Dies sei letztlich auf eine fehlende Auseinandersetzung mit den Themen Migration und Rassismus zurückzuführen.

Weiss, christlich, männlich

Jede fünfte Person in Deutschland hat eine Migrationsgeschichte, jedoch nur jede fünfzigste, die in den Medien arbeitet. «Mehrheitsverhältnisse sind auch immer Machtverhältnisse». Bei den Medien liege die Deutungshoheit deutlich bei weissen, christlichen, meist männlichen Personen, spricht Mysorekar Klartext. Die Redaktionen spiegeln dementsprechend nicht die Vielfalt des Landes wider. Gleichzeitig beklagen sich Printmedien über sinkende LeserInnen-Zahlen. In Deutschland haben jedoch rund dreissig Prozent aller Jugendlichen unter achtzehn Jahren eine Migrationsgeschichte. Das sind die Leserinnen und Leser von morgen, gibt Mysorekar zu bedenken. Wen erstaune es, dass diese Jugendlichen die Presse nicht lesen, wenn sie sich darin nicht finden oder wenn, dann nur als Sicherheitsrisiko?

Sprachkritik: kein Luxusproblem

Gegen Schluss ihres Referates fordert Mysorekar von «Journalistinnen und Journalisten als Spracharbeitende», bewusster mit Sprache umzugehen. Denn Sprache präge die Wahrnehmung. Es sei vor allem zentral, nicht den Sprachgebrauch der Rechten zu übernehmen. Sie kritisiert zum Beispiel die Ungenauigkeit, alle Übergriffe als «Fremdenfeindlichkeit» zu bezeichnen. Mysorekar warnt vor dieser wiederholten «verbalen Ausbürgerung» von Menschen, die gar keine Fremden sind. Vehement fordert sie neue Begriffe für die Einwanderungsgesellschaft. Das sei weder eine Aktion einer Sprachpolizei noch Zensur. Ihr gehe es vor allem darum, Tatsachen so darzustellen, wie sie sind. Denn der Pressekodex in Deutschland weiche unter dem Druck der Rechten immer mehr auf. Das hält sie für eine massive Gefahr. Es ist wichtig, dass die Presse bei dem bleibe, was sie so stark gemacht habe: Unabhängigkeit, Achtung der Grundwerte und Neutralität gegenüber sämtlichen Bevölkerungsgruppen. Denn in Zeiten eines hochkochenden rassistischen Diskurses sei es für den sozialen Frieden umso wichtiger, sorgsam mit Sprache und Begriffen umzugehen, um Diskriminierungen nicht fortzuführen.

Weisse Vorherrschaft

Christoph Kellers Aussagen gehen in dieselbe Richtung, wie die seiner Vorrednerin. Der bekannte Redaktionsleiter vom Radio SRF2 widmet sich vor allem Beispielen aus seinem Arbeitsalltag. So schilderte er eine Situation in der Kantine eines Radiostudios: Fünf Redakteure sitzen zusammen. Alle sind männlich, schweizerischer Abstammung, verheiratet, Väter von ein bis drei Kindern. Alle besitzen ein Auto sowie ein Haus oder eine Wohnung. Unvermittelt fragt der eine am Tisch: «Sagt mal, meint ihr, dass wir fünf in der Lage sind, die Vielfalt der Schweizer Gesellschaft zu repräsentieren?» – betretenes Schweigen. Kellers eigene Redaktion ist nach seinen Angaben idealtypisch besetzt: also mehrheitlich weiss und christlich. Denn in der Schweiz sind über achtzig Prozent aller Journalistinnen und Journalisten schweizerischer Herkunft und nur zwei Prozent sind einer anderen Religion zugehörig als dem Christentum. Der Prozentsatz von Muslimas und Muslimen ist dabei gleich null. Man müsse weg von der «weissen Vorherrschaft in den Redaktionen», fordert Keller. Die Medien

sollen die gesamte, diverse Gesellschaft abbilden. Insbesondere in Hinblick darauf, dass die Medien mit ihrer Deutungsmacht als vierte Gewalt im Staat betrachtet werden kann.

Misslungene gute Absichten

«Wir geben uns Mühe», verdeutlicht Keller die guten Absichten der Medien. Er gibt jedoch offen zu, dass sie trotzdem nicht in der Lage sind, aus einer anderen Perspektive zu berichten. Zu stark sei die soziale Einbindung und Prägung durch die eigene Lebensgeschichte. Es mache eben einen Unterschied, ob eine Person ohne Migrations-, ohne Diskriminierungs- und ohne Ausschlusserfahrung eine Geschichte erzähle, oder ob eine Person diese Erfahrungen mitbringe. Als eindrückliches Beispiel formuliert Keller zwei Versionen eines Pressetextes – die zweite ist fiktiv.

«Eine Berner Grosswäscherei kündigt einer langjährigen, muslimischen Mitarbeiterin. Diese erschien aus religiösen Gründen eines Tages mit einem Kopftuch bei der Arbeit. Die Begründung war: Wegen der Sicherheit und Hygiene sei es verboten, am Arbeitsplatz ein Kopftuch zu tragen. Das Kopftuch sei aber kein Kündigungsgrund, entschied der Richter. Die Kündigung sei missbräuchlich».

«xy, eine langjährige Mitarbeiterin einer Grosswäscherei in Bern, klagte ihren Arbeitgeber erfolgreich ein. Sie wehrte sich dagegen, dass der Arbeitgeber $\cancel{x}$ ihr das Tragen eines schlichten Kopftuches verbot, mit der Begründung, ein Kopftuch am Arbeitsplatz sei eine Gefahr für Sicherheit und Hygiene. Der Richter folgte xy Argument und gab ihr Recht, dass die Kündigung missbräuchlich sei».

In der letzteren Version tritt die Frau aus einer Opferposition heraus und erscheint als aktive Bürgerin, die sich für ihre Rechte stark macht. Provozierend kommentiert Keller: «Stellen sie sich so etwas in der Schweiz mal vor!» und erntet Gelächter aus dem Publikum.

Andere Geschichten

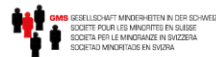
Konkrete Forderungen Kellers richten sich vor allem an die Betroffenen selbst. Migrantinnen und Migranten sollen Positionen in Gremien einfordern, die sich mit der Qualität der Berichterstattung beschäftigen. Zudem sollen sie eine Beobachtungsstelle für die Schweizer Medien einrichten. Eine Art «Medienobservatorium der Differenz» sozusagen, meint Keller. Danach richtet er sein kritisches Auge auch auf die Medien: Warum – so stellt er die Frage – erzählen wir nicht andere Geschichten? Und warum erzählen wir sie nicht häufiger? Ein persönlicher Versuch Kellers ist die Einführung einer neuen Idee in seiner Redaktion. Auf dem Eingabeblatt für neue Sendungen gebe es fortan eine zusätzliche Rubrik: Diversität. Mitarbeitende müssten dort begründen, wie sie Kategorien wie Geschlecht, Ethnizität, Schicht und Alter berücksichtigen. Verhindern will der Redaktionsleiter damit, dass in einer Sendung beispielsweise nur drei ältere, weisse Herren mit Universitätsbildung über Migration diskutieren. Denn Keller fürchtet vor allem eins: Einen Teil der Bevölkerung zu verlieren, wenn die Medien ihre Funktion, die Diversität der Gesellschaft abzubilden, nicht wahrnehmen.

Hoffnungsträger Medien?

In der anschliessenden von der Publizistin Esther Girsberger moderierten Diskussion herrscht weitgehend Einigkeit. Betont wird die Wichtigkeit von Social Media und die Forderung, dort dieselben Massstäbe einzusetzen, wie bei den traditionellen Medien. So soll auch bei Facebook, Twitter und Co. zum Beispiel eine Haltung der politischen Korrektheit eingefordert werden. Wie dies allerdings bewerkstelligt werden soll, bleibt bis zum Ende des Podiums unklar. Rassismus sei eine Angelegenheit zahlreicher Lebensbereiche, öffnet Mysorekar gegen Schluss nochmals die Perspektive und beendet die Diskussion mit einem Appell: «Wenn wir nicht wollen, dass Rassismus zunimmt, dann müssen wir diesen in allen Bereichen angehen. Dafür tragen wir alle Verantwortung». Es ist zu hoffen, dass die Medien mit ihrer Macht in der Gesellschaft dabei eine Vorbildfunktion einnehmen werden.

Text Melanie Martin, Migrations- und Gleichstellungsexpertin

Ein gemeinsames Projekt von:



**PAULUS
AKADEMIE**
STELLT
FRAGEN
ZUR
ZEIT



Rassismus zur Sprache bringen

Über Sinn und Unsinn des Berichtswesens

Wie lässt sich Alltagsrassismus zur Sprache bringen? Was ist Sinn und Zweck von Berichten? Können Berichte für Betroffene sprechen?

Joshua Kwesi Aikins befasst sich wissenschaftlich und im Rahmen zivilgesellschaftlichen Engagements damit, wie Rassismus sichtbar gemacht werden kann und in welcher Form Diskriminierungserfahrungen in Berichte und Untersuchungen einfließen können.

Michele Galizia beleuchtet den Aufbau der nationalen Berichterstattung zu rassistischer Diskriminierung und Rassismus in der Schweiz.

Referierende

Joshua Kwesi Aikins, Universität Kassel

Michele Galizia, Eidgenössische Fachstelle für
Rassismusbekämpfung, Bern

Donnerstag, 26. Januar 2017, 19.30 – 21.00 Uhr
Musiksaal, Stadthaus Zürich, Stadthausquai 17, 8001 Zürich

**Rassismus
in der Mitte der
Gesellschaft****Erörterungen,
Erkenntnisse,
Einblicke**Eine Veranstaltungsreihe von
Oktober 2016 bis Januar 2017**Rassismus zur Sprache bringen**

Referierende

Joshua Kwesi Aikins, Universität Kassel

Michele Galizia, Eidgenössische Fachstelle für Rassismusbekämpfung

Moderation

Michael Bischof, Integrationsförderung Stadt Zürich

Über Potentiale und Grenzen von Berichten

Länderberichte, Forschungsberichte, Jahresberichte. Berichte sind international und in der Schweiz allgegenwärtig. Deren Entstehung, Perspektiven und Wirkung unterscheiden sich jedoch stark. Im Fokus stehen an diesem Abend Berichtsverfahren im Rahmen internationaler Vertragswerke. Wie können solche reglementierten und verbindlichen Berichtsverfahren dazu beitragen, das Thema Rassismus in die Mitte der Gesellschaft zu rücken? Kann das Verfassen von Berichten sogar zur Stärkung von Diskriminierten führen? Ein Blick hinter die Kulissen.

Hin zur Mitte

In seiner Einleitung verweist Michael Bischof, Mitveranstalter und Moderator, auf eine Paradoxie: Oft würden tiefe Fallzahlen in Statistiken als Nicht-Vorkommen von rassistischer Diskriminierung interpretiert. Bei einem tabuisierten Thema wie Rassismus sei das jedoch ein Fehlschluss. Steigende Fallzahlen seien aus Sicht der Rassismusbekämpfung positiv zu werten. Denn sie können Ausdruck steigender Sensibilität gegenüber rassistischer Diskriminierung sein. Doch wie kann das Thema Rassismus zur Sprache gebracht werden, solange es noch tabu ist? Die Berichtsverfahren im Rahmen internationaler Verpflichtungen können dafür ein mögliches Instrumentarium sein. Zwei Referenten sind zu Gast, die sich intensiv mit den Möglichkeiten und Grenzen der Berichtverfahren auseinandersetzen. Zum einen Joshua Kwesi Aikins, Politikwissenschaftler an der Universität Kassel und Herr Michele Galizia, Leiter der Eidgenössischen Fachstelle für Rassismusbekämpfung.

Zentrale Grundbegriffe

Joshua Kwesi Aikins ist Verfasser des nichtstaatlichen Parallelberichts für Deutschland an den CERD (Committee on the Elimination of Racial Discrimination). Diesen sogenannten «Parallelbericht» reichte er erstmals im Jahr 2015 bei der UNO ein. Die Antirassismus-Konvention der UNO (ICERD) ist ein Menschenrechtsvertrag zum Schutz vor rassistischer Diskriminierung, erklärt Aikins zunächst die zentralen Grundbegriffe. Ein Ereignis gilt dann als Menschenrechtsverletzung, wenn ein Staat durch sein Tun oder Unterlassen für eine Verletzung verantwortlich ist. Zum Beispiel, wenn ein Staat trotz Kenntnis einer bevorstehenden oder stattgefundenen Verletzung die Betroffenen nicht schützt oder keinen Rechtsschutz gewährt. In Deutschland trat die Antirassismus-Konvention 1967 in Kraft, in der Schweiz erst im Jahr 1994.

Die Bedeutung der Sprache

In Deutschland wie auch in der Schweiz gehe man leider bei der rassistischen Diskriminierung von einem engen Geltungsbereich aus, kritisiert Aikins. Der Tatbestand Rassismus ist in diesen Ländern abhängig von der rassistischen Absicht der handelnden Person. Die Formulierung der UNO schliesst hingegen auch unabsichtlich rassistische Handlungen ein. Aus Aikins Sicht macht eine solch weit gefasste Definition das komplexe Thema besser «greif- und bearbeitbar». Ebenso kritisch beleuchtet er auch andere Begriffe: Durch die lange Widerstandsgeschichte in Amerika sei im englischen Wort «race» eine kritische Perspektive enthalten, die im Deutschen gänzlich fehle. So befürwortet Aikins im Deutschen die Bezeichnung «rassistische Diskriminierung» im Gegensatz zu «Rassendiskriminierung».

Von Staaten- und Parallelberichten

Der CERD ist ein Ausschuss der UNO, der die Konvention überwacht. Dieser Ausschuss koordiniert auch das Berichtswesen. Denn Mitgliedstaaten verpflichten sich, in regelmässigen Abständen über ihre Umsetzung der Antirassismus-Konvention zu berichten. Etwas lapidar stellt Aikins fest: «Weil man weiss, dass Staatenberichte weniger komplett und analytisch sind als nötig, gibt es die Tradition der Parallelberichte». Dabei ermöglicht der CERD den NGOs, eigene Berichte einzureichen.

Von der Analyse zur Ermächtigung

Aikins wählte bei der Erstellung des deutschen Parallelberichts ein ganz spezifisches Vorgehen: Er bat verschiedene Gruppen aus der Zivilbevölkerung, ihre Rassismuserfahrung in Form von Hintergrundpapieren zu analysieren. Diese Papiere spitzte Aikins anschliessend aus menschenrechtlicher Sicht zu und liess sie in den Parallelbericht einfließen. Dabei hatte er klare Ziele vor Augen: Erstens ging es ihm um den Wechsel «vom Reden über, zum Reden mit Menschen mit Rassismuserfahrung». Spezifische Erscheinungsformen von Rassismus sollen mit diesem partizipativen Verfahren sichtbar werden. Zweitens erhoffte sich Aikins, Rassismus-Betroffene zu ermächtigen, Menschenrechte auf ihre gelebte Realität anzuwenden. Drittens ging es ihm um eine Kritik am engen Rassismusverständnis des deutschen Staatenberichts, den er «als zu einseitig» kritisiert. Ausserdem wollte er auf nationaler Ebene durch die differenzierten Analysen neue politische Handlungsoptionen eröffnen. Schliesslich habe er den Parallelbericht zum CERD in Genf getragen und damit «Deutschland verpetzt», erzählt Aikins mit einem gewissen Schalk und erntet prompt Gelächter. Die Forderung an den CERD, aus dem Parallelbericht konkrete Empfehlungen abzuleiten, war jedoch sehr ernst. Zur Freude von Aikins reagierte der CERD. Er übernahm zum Beispiel die Empfehlung, Betroffene bei der Konzeption, Durchführung, Analyse und Bewertung von staatlichen Länderberichten zu beteiligen.

Fehlendes Datenmaterial

Mit diesem Teilerfolg gab sich Aikins jedoch nicht zufrieden. Eine weitere aktuelle Forderung betrifft die Datenerfassung. Diese müsse endlich differenzierter werden, fordert er, und zwar über die Kategorie «Migrationshintergrund» hinaus. Seine Kinder erlebten Rassismus, berichtet er, obwohl sie in Deutschland nicht als Migrantinnen und Migranten erfasst würden. Darum tauchten ihre Rassismuserfahrungen auch nirgends in den Statistiken auf. Es brauche also genauere Daten zu Rassismuserfahrung: Zum einen nach Gruppen (Wie viele Vorfälle betreffen zum Beispiel Sinti und Roma?), zum anderen nach demographischen Kategorien (Alter, Religion, Geschlecht, sexuelle

Orientierung). Mit diesen Informationen wären auch Aussagen zum Zusammenwirken unterschiedlicher Formen von Diskriminierung möglich, wie beispielsweise zur Kombination von Rassismus und Sexismus bei Hidschab tragenden Frauen. Diese Form der Mehrfachdiskriminierung wird in wissenschaftlichen Kreisen als «Intersektionalität» bezeichnet. Weder in Deutschland noch in der Schweiz gebe es aber bislang dazu genügend Datenmaterial. Dies müsse sich ändern, wiederholt Aikins seine Forderung. Auch in diesem Fall nahm der CERD sein Anliegen auf.

Politische Mobilisation

Während der Parallelbericht auf der UNO-Ebene Änderungen bewirkte, so führte Aikins Lobbyarbeit auch zu Erfolgen auf Ebene der Bundesländer. Seine Ausführungen machen eins deutlich: Mit Berichten kann politisch mobilisiert werden. Aus seiner Sicht ist es vor allem zentral, mit den Empfehlungen der UNO lokal weiterzuarbeiten. «Denn was von der UNO kommt, ist nur so stark, wie es in den Mitgliederstaaten aufgenommen wird». Alle haben gemeinsam die Verantwortung, gegen Rassismus vorzugehen. Aikins ruft dazu auf, die Expertisen aus der Zivilbevölkerung stärker zu nutzen sowie Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen Selbstvertretung wirklich möglich ist. Dabei verweist er geschickt auf den nächsten Parallelbericht der Schweiz: Warum nicht als gutes Beispiel vorangehen und Daten zu Rassismustorfällen differenziert erfassen? Denn der deutsche Parallelbericht habe für ihn vor allem eines deutlich gemacht: «Es braucht mehr Analysen und mehr Ermächtigung». Ebenso deutlich sei geworden, dass beides zusammen machbar ist. Denn Menschen, die an einem Prozess beteiligt sind – so Aikins Überzeugung – tragen das erworbene Wissen und die Ideen wieder in die Gemeinschaften zurück. Da liegt das grosse Potenzial.

Fall Schweiz

Michele Galizia beginnt seinen Vortrag mit einem historischen Rückblick zum staatlichen Engagement gegen Rassismus in der Schweiz. Hautnah erlebte er diese Entwicklung, ist er doch seit dem Schweizer Beitritt zur Antirassismuskonvention dabei. Er erinnert sich: Um den Beitritt zu ermöglichen, musste die Schweiz zunächst die Antirassismus-Strafnorm in der Gesetzgebung einführen. Gegen diese Einführung wurde das Referendum ergriffen. Vor der Abstimmung kam es in der Schweiz zum ersten Mal zu einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus. Der Begriff tauchte zwar kurz in den sechziger Jahren in Zusammenhang mit der Schwarzenbach-Initiative auf, ansonsten war er in der Schweiz aber ein blinder Fleck. Rassismus war Apartheid oder Segregation in den Südstaaten der USA oder im Kolonialismus, aber sicher nicht hier, beschreibt Galizia die Schweizer Abwehrhaltung.

Macht der Kritik

Nach dem Beitritt zur Antirassismuskonvention der UNO schuf die Schweiz eine Kommission gegen Rassismus. Die erste staatliche Einrichtung mit dem Wort Rassismus im Titel, berichtet Galizia. Begeisterung ist in seiner Stimme aber keine zu spüren. Schnell wird klar warum: «Eine Kommission richtet man in der Schweiz dann ein, wenn man sich nicht allzu fest verpflichten will», stellt er nüchtern fest. Trotzdem erfüllte die Kommission ihren Zweck, wenn auch in einer anderen Weise als gedacht: Die Kommission wagte sich als erste und dies notabene in ihrer ersten Publikation, den Bundesrat zu kritisieren. Es ging damals um das Drei-Kreise-Modell der Zuwanderung, erklärt Galizia. Mit ihrer Kritik landete die Kommission und das Thema Rassismus schlagartig in der Presse und wurde so schnell nicht wieder vergessen. «Das war anstrengend. Es bedeutete aber auch, dass Rassismus als Thema

immer wieder in die Medien kam», interpretiert Galizia rückblickend die Bedeutung dieser Phase. Um 2001 wurden Forderungen nach Antirassismus-Massnahmen auf staatlicher Ebene stark. Ausgelöst wurde dieser Druck durch die Weltkonferenz gegen Rassismus von Durban, die Diskussion über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und das Erstarken des Rechtsextremismus in der Schweiz. Als Folge verabschiedete der Bundesrat die Berichte der Expertenkommission «Schweiz Zweiter Weltkrieg», sprach Finanzhilfe für Projekte gegen Rassismus und schuf eine neue staatliche Stelle: die Fachstelle für Rassismusbekämpfung.

Verhaltener Enthusiasmus

Bei der Setzung des Themas Rassismus in der Schweiz war die Berichterstattung ein hilfreiches Instrument. Galizia verweist dabei nicht nur auf die Berichte an den CERD, sondern auch auf zahlreiche andere Berichtverfahren der UNO, des Europarates und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Bei all diesen Berichten müsse die Schweiz Red und Antwort stehen. Seine kleine Stelle könne das selbstverständlich nicht alleine, da es sich um eine klassische Querschnittsaufgabe handle. Aus diesem Grund arbeite er auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene mit den zuständigen Stellen zusammen. «Am Anfang war das eher merkwürdig. Man kam sich als kleiner Bittsteller vor», blickt Galizia zurück. Mittlerweile gebe es gut funktionierende Informationswege und Prozessabläufe. Zum Beispiel haben die Kantone ihren Zuständigkeitsbereich anerkannt und verlangen sogar, dass sie an den Sitzungen mit dem CERD-Komitee vertreten sind. Allzu viel Enthusiasmus will Galizia aber nicht aufkommen lassen: «Das ist gut, aber es ist nicht genug». Eigentlich sind sie nach 20 Jahren erst am Anfang der Arbeit, der man sich stellen muss. Was sich seiner Meinung nach jedoch beträchtlich gewandelt habe, ist die Rolle der NGOs und der Zivilbevölkerung beim Berichtsverfahren. Die Rassismus-Konvention war die erste Konvention, die Parallelberichte zuliess. «Das war damals noch nicht üblich», verdeutlicht Galizia die Errungenschaft. Zu Beginn gab es heisse Debatten in Genf und New York. Diese seien bis heute noch nicht abgeschlossen.

Pattsituation

Ein Spannungsfeld zeigt sich für Galizia vor allem bei den Forderungen der UNO. Die Delegierten treffen die NGOs, manchmal auch die Kommission gegen Rassismus, gibt Galizia Einblick hinter die Kulissen. Leider gebe es eine Mehrheit, die nicht gut über die Schweiz informiert sei. Das führe dazu, dass die Schweiz bzw. die Fachstelle für Rassismusbekämpfung mit unrealistischen Forderungen konfrontiert werde. Galizia gibt zu bedenken, dass Forderungen, die in das Hoheitsgebiet der Kantone oder des Parlaments fallen, von Seiten Bund schlicht nicht umsetzbar sind. Eine Forderung mit dem Wortlaut: «Die Medien müssen...», lehnen wiederum alle umgehend ab, da die Medien in der Schweiz grundsätzlich unabhängig sind. Während aus realistischer Sicht viele Empfehlungen abgelehnt werden müssten, wird aus diplomatischer Sicht darauf gedrängt, möglichst viele Empfehlungen anzunehmen. «Die Debatte läuft dann darauf hinaus, wie können wir Forderungen annehmen, ohne etwas Neues unternehmen zu müssen», beschreibt Galizia nüchtern die Pattsituation.

Verschleierte Realität

«Die Berichterstattung kann auch ein Weg sein, die Realität zu verschleiern», gibt Galizia zu. Die Berichte dürfen einen bestimmten Umfang nicht überschreiten. Das führe dazu, dass nur über ausgewählte Kantone berichtet wird. Naturgemäss dort, wo viel passiere. In zahlreichen Kantonen geschähe jedoch wenig. Allzu pessimistisch gestimmt ist Galizia deswegen nicht. Seiner Ansicht nach hilft die Berichterstattung grundsätzlich der Fachstelle für Rassismusbekämpfung bei ihrer Arbeit. Doch wünscht er sich, dass die Berichte unterstützender wären. Zum Beispiel, indem die UNO-Empfehlungen «hinterlistiger» formuliert wären, also weniger einfach abzulehnen. Es sei für ihn ärgerlich, dass Besserwisserei in Bezug auf die Formulierung von Empfehlungen vorherrsche. Für ihn mache es den Anschein, dass es gerade auch den NGO teils mehr darum gehe, Recht zu haben, als Lösungen zu suchen. Galizia wünscht sich vor allem eines, dass Berichte «nicht in eine Einbahnstrasse führen, wo es zum Schluss viele wohlge-meinte Forderungen gibt, die aber kaum umgesetzt und einfach abgelehnt werden können.»

Differenzierte Datenerhebung

In der anschliessenden Diskussion wird auch kontrovers debattiert. Die Frage nach der differenzierten Datenerhebung kommt zum Beispiel noch einmal auf den Tisch. Galizia argumentiert, es sei extrem schwierig bei Umfragen wissenschaftlich differenzierte Daten zu erheben und eine staatliche Stelle könne keine Daten «von unten rauf» durch die Zivilbevölkerung erheben. Aikins hält jedoch an seiner Forderung an den Staat fest, vermehrt Daten zu erheben und zeigt auch mögliche Wege auf. Als Option bringt er die Justizstatistik ins Spiel. Der Staat könne zum Beispiel immer dort relevante Diskriminierungsmerkmale erfassen, wo Rassismus Gegenstand einer Klage sei. Das gäbe mit der Zeit eine gute Datengrundlage. Ein anderer Weg der Datenerhebung führe über das Finanzieren von Einzelstudien. Unter Einbezug der Zivilbevölkerung könne ein geographischer oder thematischer Sektor genau unter die Lupe genommen und Diskriminierungsmuster herausgearbeitet werden. Diese in Auftrag gegebenen Studien könnten vor Gericht Gewicht erhalten, da ein Justizfall konkreten Diskriminierungsmustern zuordenbar wäre.

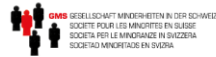
Der Staat – Segen oder Fluch?

Auf die Frage aus dem Publikum, wie denn der Schweizer Länderbericht die Zivilbevölkerung miteinbeziehe, grenzt sich Galizia deutlich ab: Der Länderbericht komme von staatlicher Seite und sei kein Bericht der Zivilgesellschaft. Die Fachstelle für Rassismusbekämpfung versuche zwar Kritik und alle zugänglichen Daten zu berücksichtigen, aber es sei kein partizipativer Prozess. Dieser laufe, wie in Deutschland, auf der Ebene der Parallelberichte. Auf besonderes Interesse stösst Galizias Hinweis auf die Möglichkeit finanzieller Unterstützung für Organisationen, die einen Parallelbericht schreiben. Damit werde nicht Kritik am Staat finanziert, nimmt er gleich einen möglichen Kritikpunkt vorweg, sondern die Auseinandersetzung mit dem Thema. Aikins schlägt ergänzend vor, staatliche und nichtstaatliche Berichte nicht so stark getrennt zu denken. Fragen über ein mögliches Zusammenwirken beider Ebenen seien viel gewinnbringender: Wie können zum Beispiel Argumente und Kritik aus den Parallelberichten in den nächsten Staatenbericht Eingang finden? Oder wie kann die Finanzierung der Parallelberichte sichergestellt werden, ohne dass die Staatsnähe zu gross wird? Denn Restriktionen, die für die staatliche Seite gelten, dürfen auf keinen Fall auf die zivilgesellschaftlichen Bemühungen überschwapen, formuliert Aikins seine letzte Forderung.

Einig war man sich zum Schluss, dass die Diskussion über Rassismus von immer anderen Orten und Epochen in die Mitte der Gesellschaft geholt werden muss. Das Berichtswesen kann auf diesem Weg eine strategische Ressource sein. Wie auch die Berichte dieser Veranstaltungsreihe – so hoffen die beteiligten Organisationen und die Autorin.

Text Melanie Martin, Migrations- und Gleichstellungsexpertin

Ein gemeinsames Projekt von:



**PAULUS
AKADEMIE**
STELLT
FRAGEN
ZUR
ZEIT



Ein gemeinsames Projekt von:

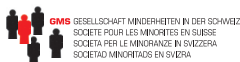
GMS

GRA

Paulus Akademie

Stadtentwicklung Zürich, Integrationsförderung

ZGW



**Stiftung gegen
Rassismus und
Antisemitismus**

Fondation contre le racisme et l'antisémitisme
Fondazione contro il razzismo e l'antisemitismo
Foundation against racism and antisemitism

**PAULUS
AKADEMIE**
*STELLT
FRAGEN
ZUR
ZEIT*



Stadt Zürich
Stadtentwicklung

ZENTRUM

GESCHICHTE DES WISSENS

